

In eigener Sache:

Der AZADI infodienst erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den infodienst kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V. Der Verein ist als gemeinnützig und mildtätig anerkannt, Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden. AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden. Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(inn)en erfahren, informieren Sie uns bitte werden Sie Fördermitglied,
- spenden Sie.

Kontakt- und Bestell- adresse:

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Str. 70A
40210 Düsseldorf
Tel. 0211/8302908
E-Mail: azadi@t-online.de
Internet: www.nadir.org/azadi/
V. i. S. d. P.: Monika Morres
Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank eG mit Ökobank
BLZ 430 609 67
Kto-Nr. 8035 782 600

Aus dem Inhalt:

- 1-3 Entführung u. Folgen
- 4-7 Verbotspraxis
- 7 Repression
- 8 Gerichtsurteile /
Asyl- und Migrationspolitik
- 9 Zur Sache: Türkei
- 9 Buch-Neuerscheinung

Kurdische Guerilla hat deutsche Bergsteiger freigelassen - Politik darf nicht zur Tagesordnung übergehen

AZADÎ begrüßt die Freilassung der drei Alpinisten, weil jeder weitere Entführungstag deren Situation hätte schwieriger machen können.

Und weil der bestehende türkisch-kurdische Konflikt auf diese Weise sicher nicht gelöst werden kann. Aber ebenso wenig mit Militäroperationen der türkischen Armee gegen die kurdische Guerilla oder Angriffen auf Kurd(inn)en und ihre Institutionen. Solange ihnen eine politische, kulturelle und soziale Anerkennung verwehrt wird und ihnen zustehende Rechte vorenthalten werden, rückt eine Konfliktlösung in immer weitere Ferne. Es ist an der Zeit, Antworten zu geben auf die dringlichen und seit Jahrzehnten offen gelassenen Fragen. Die Unbeugsamkeit, das Verschweigen, die Ignoranz und Arroganz im Umgang mit den Kurdinnen und Kurden, muss beendet werden.

Diese Forderung richtet sich nicht nur an die Türkei, sondern auch an die politisch Verantwortlichen in Deutschland, die sich in den vergangenen Jahren überwiegend dadurch hervorgetan haben, den Repressionskurs des NATO-Partners gegen die Kurden zu unterstützen. Seit 1993, als Bundesinnenminister Manfred Kanther das Betätigungsverbot der PKK erließ, haben sich alle Amtsnachfolger – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit - in dieser Frage als Hardliner überboten. Statt sich mit den Veränderungen der kurdischen Bewegung dialogisch auseinanderzusetzen, wurde die Liste der Verbote und Repressionsmaßnahmen stetig länger. Keiner Bundesregierung war bislang daran gelegen, die Situation der Kurdinnen und Kurden zu entspannen.

Das zeigte das jüngst von Innenminister Wolfgang Schäuble verfügte Verbot des kurdischen Fernsehsenders ROJ, wohl wissend, dass er damit den Nerv der Kurden trifft. Derlei Provokationen tragen nur zur Verschärfung des Konflikts und Verlagerung des Kriegszustands in Türkei-Kurdistan bei.

Die Politik muss diesen verhängnisvollen Konfrontationskurs verlassen.

Eine Aufhebung des PKK-Betätigungsverbots und die Wiedermehrzulassung von ROJ TV wären die richtigen Signale.

(Azadî, 21.7.2008)

Kräfte der HPG zur Freilassung der Deutschen

Das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte (HPG) nahm am 21. Juli Stellung zu den näheren Umständen der Freilassung der am 9. Juli entführten drei deutschen Bergsteiger.

Man sei dem Aufruf der Menschenrechtsorganisationen IHD und Mazlum Der, der DTP und des Friedensrates der Türkei gefolgt. Auf Eigeninitiative des Gebietskommandeurs Serhat seien die Deutschen festgenommen worden „als Reaktion auf die feindliche Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem kurdischen Volk und der Freiheitsbewegung.“ Am 19. Juli sei eine Delegation aus IHD, Mazlum Der, DTP und des Friedensrates in die Stadt Dogubayazit gekommen. Dort habe man beschlossen, am Abend des 20. Juli die drei Bergsteiger freizulassen. Wegen der Gefahr für das Leben der Deutschen und der Delegation durch die fortdauernden Militäroperationen der türkischen Armee sei eine Freilassung zum geplanten Zeitpunkt nicht möglich gewesen. Deshalb wurden die Alpinisten schon um 12 Uhr mit-



tags in der Nähe des Dorfes Güngören, welches zu Dogubayazit gehört, freigelassen. Die HPG wies ferner darauf hin, dass sie sich an internationale Regeln gebunden fühle und betonte,

dass es bisher niemals zu Angriffen auf Zivilisten gekommen sei und dies auch künftig nicht geschehen werde. (Azadi/ANF, 21.7.2008)

Provinzgouverneur: Armee wars

Im Gegensatz zu dieser Stellungnahme, hatte der Gouverneur der Provinz Agri, Mehmet Cetin, erklärt, dass nur durch den intensiven Einsatz der türkischen Streitkräfte die PKK-Kämpfer in die Enge gedrängt und gezwungen worden seien, die Deutschen freizulassen.

Bayerischer Innenminister: Auswärtiges Amt wars

Dieser Version widersprach der bayerische Innenminister Joachim Herrmann. Vielmehr habe das Auswärtige Amt durch unmittelbare Kontakte mit der PKK die Freilassung erreicht: „Der militärische Druck hat da weniger eine Rolle gespielt.“ Es sei „natürlich“ auch mit Vertretern der in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten Organisation gesprochen worden. Das Auswärtige Amt habe eine „sehr professionelle Arbeit“ geleistet. (Azadi/ND/jw u.a., 22.,23.7.2008)

Linksfraktion: „Friedliche Lösung der kurdischen Frage stärker ins Zentrum der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stellen“ - Antrag wird von Geschäftsführung zurückgezogen



Ein in der Fraktion sehr kontrovers diskutierter Antrag wurde Ende Juni 2008 letztlich doch auf den parlamentarischen

Weg gebracht. Umstritten waren weniger die Ausführungen und Forderungen hinsichtlich der Türkei, sondern jene mit dem Bezug auf in Deutschland lebende politisch aktive Kurden und ihre Organisationen. Seit der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther im November 1993 das so genannte Betätigungsverbot der PKK erlassen hat, sind diese bis zum heutigen Tag einer massiven Kriminalisierung ausgesetzt. Über viele Jahre gehörte die Aufhebung des PKK-Verbots zu einer selbstverständlichen Forderung von politischen und humanitären Organisationen sowie Einzelpersonen. Doch die Zeiten ändern sich und mit ihnen auch die Einstellungen so mancher Politiker/innen, die – angepasst und längst etabliert – nicht mehr an ihre Vergangenheit erinnert werden wollen. Ein Teil der Linkspartei scheint zumindest hinsichtlich der ‚kurdischen Frage‘ diesen Weg auch beschreiten zu wollen, was wir sehr bedauern würden.

Doch zurück zum Antrag der LINKSFRAKTION: Sie hatte – bezogen auf die BRD - von der Bundesregierung gefordert,

- die Abschiebungen von Kurdinnen und Kurden in die Türkei umgehend einzustellen und den Betroffenen stattdessen dauerhafte Aufenthaltstitel zu gewähren;
- die kurdische Sprache und Kultur mit allen notwendigen Folgen für eine gezielte Integrationspolitik gegenüber der kurdischen Bevölkerungsgruppe anzuerkennen;
- die Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern an die Türkei ebenso wie Lizenzen und Exportbürgschaften solange einzustellen, bis die Gleichstellung aller Minderheiten in der Türkei umgesetzt ist und
- die Einstufung von kurdischen Organisationen als kriminelle Vereinigung, insbesondere der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, aufzuheben.

Fragen an die linke Fraktionsgeschäftsführung:

Kann es tatsächlich sein, dass die Linksfraktion es der Bundesregierung ersparen will, sich mit diesen richtigen und berechtigten Forderungen auseinandersetzen zu müssen? Ist der linken Geschäftsführung wirklich bewusst, dass sie mit ihrer Entscheidung die Bundesregierung unangreifbar macht hinsichtlich ihrer Abschiebe-, Rüstungsexportpolitik? Und stellt sie den politisch Verantwortlichen nicht einen Freibrief aus, mit ihrer Verbots- und Kriminalisierungspraxis fortzufahren?

SPIEGEL für „Kurskorrektur“ der Linksfraktion



Diesem kleinmütigen Rückzug der Geschäftsführung

folgte dann ein genüssliches Nachtreten der SPIEGEL.online-Redaktion vom 16. Juli. Ein Björn Hengst attackiert hier vor allem die Abgeordnete Ulla Jelpke, weil diese sich für „eine politische Lösung für die Kurden“ einsetzt und sich herausnimmt, in Anfragen und Anträgen den türkisch-kurdischen Konflikt immer wieder zu thematisieren. Als besonders verwerflich scheint dem Autor, dass sie die Bundesregierung danach fragt, ob diese das PKK-Verbot aufzuheben gedenkt.

Weil er eine „deutlich forschere Pro-PKK-Haltung“ vertrete, befasst sich Herr Hengst auch mit Dr. Nikolaus Brauns, Mitarbeiter von Frau Jelpke, Autor der Tageszeitung junge welt und im Berliner Kurdistan-Solidaritätskomitee aktiv. Damit dürfte er den Nerv der Fraktionsführung getroffen haben. Der passt die politische Einstellung von Brauns zum Thema Kurden schon lange nicht. Genauso wenig wie dem CSU-Abgeordneten Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, der meinte, dass der Einfluss der PKK und deren Unterstützerorganisationen bis in die Bundestagsbüros der Linkspartei reiche. „Es wäre unerträglich, wenn das Büro einer deutschen Bundestagsabgeordneten offensichtlich mit deren Wissen für das Unterstützermilieu einer Terrorgruppe genutzt wird.“ Sollten sich „Verdachtsmomente erhärten“, müssten „auch persönliche Konsequenzen in Betracht“ gezogen werden. (Azadi)

Bombenanschläge in Istanbul mit Toten und Verletzten:

- Türkische Politiker und Medien beschuldigen umgehend die PKK**
- Kongra-Gel, HPG, KCK und DTP bestreiten jegliche Beteiligung**

Kaum eine Woche nach dem guten Ausgang des Entführungsfalles, ereigneten sich am 28. Juli vor Beginn der Abschlussberatungen über ein Verbot der AKP zwei blutige Bombenanschläge in Istanbul-Güngören, bei dem 17 Menschen ihr Leben verloren und über 150 weitere verletzt wurden. Während Ministerpräsident Tayyip Erdogan umgehend die PKK in Verbindung mit diesem Anschlag brachte, riefen Anwohner des Istanbul Stadtteils „Nieder mit der PKK“. Die türkischen Medien beteiligten sich an den Beschuldigungen und setzten sie in einen Zusammenhang mit den türkischen Militäroperationen gegen die kurdische Guerilla im Nordirak. „Wir kennen die Mörder“ schlagzeilte das Blatt Sabah in Richtung PKK und die Tageszeitung Hürriyet titelte „Das zivile PKK-Massaker von Güngören“.

Ahmet Türk, Vorsitzender der kurdischen Partei für eine Demokratische Gesellschaft, DTP, verurteilte den Anschlag und nannte ihn einen „Schlag gegen den Frieden und die Zukunft“. Er erinnerte aber auch daran, dass in der Vergangenheit die PKK für Anschläge verantwortlich gemacht wurde, bei denen sich später herausstellte, dass sie von Mitgliedern der nationalistischen Putschistenorganisation Ergenekon begangen wurden.

Der Volkskongress Kurdistans, KONGRA-GEL, die Volksverteidigungskräfte (HPG) und die „Vereinigten Gemeinschaften Kurdistans, KCK, wiesen die Behauptungen der türkischen Politiker und Medien zurück. Vielmehr verurteilten sie in scharfer Form dieses Massaker an Zivilisten.

Zubeyir Aydar, Vorsitzender von KONGRA-GEL, erklärte u.a.: „[...] Das Geschehen ist ein dunkles. In der Vergangenheit hat es dem vergleichbar eine Reihe solcher Ereignisse gegeben. [...] Die kurdische Freiheitsbewegung hat mit dem Attentat nichts zu tun. So etwas kann mit der PKK nicht in Verbindung gebracht werden. Denn eine solche Herangehensweise haben wir nicht. Wir sind gegen Angriffe solcher Art. [...] Wir drücken den Familien, deren Angehörige bei dem Massaker ihr Leben verloren und dem türkischen Volk unser Beileid aus.“

Auch die HPG wies jegliche Beteiligung an dem Attentat weit von sich.

Mustafa Karasu, Mitglied im Exekutivrat der KCK, erklärte u.a.: „Unzählige Male hat die Freiheitsbewegung der Kurden erklärt, dass Zivilisten kein Ziel von Angriffen sind. Jene, die für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele solche Art von Angriffen benutzt haben, sind von uns immer verurteilt worden. [...] Wir verurteilen dieses Attentat, dass sich für schmutzige Ziele gegen unschuldige Zivilisten gerichtet hat. Den Familien, die bei diesem Anschlag Angehörige verloren haben, drücken wir unser Beileid aus.“

(Azadî/ANF/ISKU/jw/ND, 29.7.2008)

Sprengsatz Türkei

Zu den Spekulationen um die Täterschaft der Anschläge wollen wir den Kommentar von Roland Etzel im Neuen Deutschland v.29.7. dokumentieren:

Der drohende Zeigefinger offizieller türkischer Stellen gegen die PKK, das Attentat von Istanbul verübt zu haben, war schnell im Raum. Deren Dementi zwar auch, aber das wurde in der Türkei wie gewohnt überhört. Wenn jedoch Parteiführer ebenso wie Behörden ohne jeden Beweis – und das war so bis gestern Nachmittag – nur in eine Richtung zeigen, so ist dies eine sehr interessengeleitete Spekulation. Schließlich könnten auch Abenteurer anderer politischer Couleur auf Terror verfallen sein.

Dies ist symptomatisch für den desolaten Zustand des Staates Türkei. Ohne Aussicht auf ein Ende tobt seit Jahrzehnten ein heißer Krieg im eigenen Lande, der wie selbstverständlich auch immer wieder über die Grenzen hinausgetragen wird. Derweil läuft in Ankara ein kalter Machtkampf der politischen Institutionen, garniert mit dubiosen Putschgerüchten, der ständig Fortsetzungen erfährt.

Es ist einiges faul im Staate Türkei und das hat viele Ursachen; vom chauvinistisch verstellten Blick auf Verbrechen in der eigenen Geschichte – zu welchem Nachbarn hat Ankara eigentlich konfliktfreie Beziehungen? – bis zur Verweigerung jedes transparenten Konfliktmanagements im Inneren. Wer immer den heimtückischen Mord vom Sonntag zu verantworten hat: Dass diese Tat in der heutigen Türkei nicht aus dem Rahmen fällt, gründet wesentlich in der Politikunfähigkeit türkischer Politiker.

Bundesanwalt lässt Hüseyin A. festnehmen Vorwurf der Mitgliedschaft in krimineller Vereinigung (§ 129)

Man habe die Freilassung der Deutschen abwarten wollen, erklärte die Bundesanwaltschaft (BAW) zur Festnahme von Hüseyin A. am 21. Juli in Detmold. Er wird der „Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129 StGB) verdächtigt. So soll er von März bis Juni 2007 den „PKK-Sektor Süd“ geleitet haben und anschließend bis Juni 2008 „Deutschlandverantwortlicher“ gewesen sein. In dieser Funktion sei er als Bindeglied zwischen der Europaführung und der Kaderstruktur in Deutschland tätig gewesen.

Die BAW wirft ihm darüber hinaus vor, Anfang August 2007 eine vom damaligen PKK-Verantwortlichen für Stuttgart schwanger gewordene 21-jährige Kurdin genötigt zu haben, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen.

Inwieweit diese schwerwiegende Beschuldigung zutrifft, wird sich nach Akteneinsicht und im Laufe des Verfahrens herausstellen.

Hüseyin A., dessen Telefongespräche abgehört und SMS offenbar über einen längeren Zeitraum aufgezeichnet wurden, musste bereits über 20 Jahre in türkischen Gefängnissen verbringen.

Er befindet sich in Untersuchungshaft.

(Azadî)

“Meinungsfreiheit bedeutet, die Freiheit zu haben, nicht wie der Staat zu denken; sie ist ein Grundelement und eine unverzichtbare Bedingung der demokratischen Ordnung; sie ist die Freiheit, die bestehende Ordnung zu hinterfragen und, wenn notwendig, sie zu verweisen. Die individuelle Freiheit ist bedeutungslos, wenn sie nicht das Recht einschließt, Ansichten gegen die Mehrheit zu unterstützen, zu verteidigen und andere Haltungen als die der Mehrheit einzunehmen.”

(aus der Gemeinsamen Erklärung der Menschenrechtsplattform aus IHD, Helsinki Citizens' Assembly, Mazlum-Der und AI Türkei v. 17.4.2008 zur Streichung des Artikels 301 des Türk.Strafgesetzbuches)

Offener Brief von Günay Aslan zum Verbot von ROJ TV: Herr Minister, stellen Sie sich nicht gegen den Ablauf der Geschichte



Der kurdische Journalist und Schriftsteller Günay Aslan hat sich in einem Offenen Brief an Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zu dem Verbot des TV-Senders ROJ geäußert:

[...] Ich lebe seit dem 10. Februar 1995 als politischer Immigrant in Köln. Ich bin 48 Jahre alt. Ich war gezwungen, aus der Türkei zu fliehen und in Ihrem Land Asyl zu beantragen. In der Türkei wurde ich wegen meiner Artikel, Kolumnen und Bücher als „Meinungstäter“ mehrmals verurteilt.

[...] Das Gericht, das meine rechtliche Verfolgung in der Türkei untersuchte, räumte mir am 8. Juni 1995 das Recht auf Asyl nach Artikel 16 Grundgesetz ein und ich erhielt eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Auch in Deutschland setzte ich meine Tätigkeit als Journalist fort. Ich habe bei dem Fernsehsender MED TV, der unter großen Mühen und für einen hohen Preis vom kurdischen Volk geschaffen wurde, vier Jahre lang als Moderator und Nachrichtenchef gearbeitet. Auch heute nehme ich zweimal im Monat an einer Diskussions-sendung teil und versuche, meine Gedanken über den Sender ROJ TV mit dem kurdischen Volk, das großer Unterdrückung ausgesetzt ist, zu teilen.

Verehrter Herr Schäuble,
diesen offenen Brief richte ich an Sie, weil Sie beschlossen haben, ROJ TV zu verbieten. Lassen Sie es mich gleich sagen: ROJ TV ist die Stimme der Kurdinnen und Kurden, die zum Schweigen gebracht werden soll [...] ROJ TV ist die wirksamste visuelle Adresse für die Wahrung der Grundrechte und Freiheiten, allen voran der Pressefreiheit, die Sie mit Füßen treten. Es verfolgt das Ziel eines friedlichen Zusammenlebens der Völker auf der Grundlage von Freiheit und Gleichberechtigung. ROJ TV ist in gleichem Maße wie für die Kurden für alle anderen unterdrückten Völker, Kulturen, Religionen und Glaubensrichtungen wie eine Luftröhre, eine demokratische Plattform. Dies alles hätten Sie berücksichtigen müssen, als Sie beschlossen, ROJ TV zu verbieten und den Demokratie- und Freiheitsbestrebungen unterdrückter Menschen mehr Respekt aufbringen müssen. Doch haben Sie das genaue Gegenteil gemacht: Sie haben versucht, ROJ TV, diese demokratische Plattform, für Ihre ökonomischen Interessen zu verkaufen.

Somit haben Sie Ihrem Land einen schlechten Dienst erwiesen, demokratische Werte sowie die universellen Freiheiten mit Füßen getreten. Dass Sie die Grundrechte – allen voran das Recht auf Information eines verfolgten Volkes – verletzt haben, verurteile ich aufs Schärfste und protestiere dagegen. Ich möchte hinzufügen, dass ich Ihre Begründung, ROJ TV würde dem friedlichen Zusammenleben der Völker schaden, als äußerst absurd empfinde.

Sehr geehrter Herr Minister,
es ist offensichtlich, dass Sie die Sendungen von ROJ TV gar nicht verfolgen und kennen. Wer sich die 45-seitige Verbotsverfügung ansieht, wird sofort erkennen, dass alle Anschuldigungen vom türkischen Staat übernommen worden sind. [...] Wegen Ihrer Interessen lassen Sie sich für die Menschenrechtsvergehen des türkischen Staates instrumentalisieren und beteiligen sich daran.

Beharren Sie nicht auf dieser Haltung. Stellen Sie sich nicht gegen den Ablauf der Geschichte. Greifen Sie nicht die Menschenrechte, Freiheiten, demokratischen Werte und den Frieden an.

Mit freundlichen Grüßen
(Azadî/ÖP/ISKU, 2.7.2008)

**Abgeordnete der LINKSFRAKTION frag(t)en die Bundesregierung
zum Verbot von ROJ-TV
Linksgeschäftsführung legte Anfrage nach Entführungsfall auf Eis**

Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE (Ulla Jelpke, Prof.Dr. Norman Paech, Wolfgang Gehrcke) hatten versucht, anhand von über zwanzig das Verbot von ROJ TV betreffende Fragen, von der Bundesregierung mehr über den Hintergrund und die Motivation des Vorgehens gegen das kurdische Medium in Erfahrung zu bringen. So woll(t)en sie u. a. wissen, ob und in welcher Form deutsche, türkische, US-amerikanische, belgische oder dänische zuvor kooperiert haben bzw. ob und inwieweit die Bundesregierung an den Aktivitäten der so genannten Anti-PKK-Koordination beteiligt gewesen ist. Ferner wurde danach gefragt, welche Bedeutung der Sender für kurdischstämmige Bürger/innen in Deutschland hat und wie viele Mitarbeiter/innen des Senders durch das Verbot ihren Arbeitsplatz verloren haben. Ob deutsche Geheimdienstbehörden auch türkische Medien in Deutschland beobachten, welche Erkenntnisse diesen im Hinblick auf „Verstöße gegen den Gedanken der Völkerfreundschaft“ vorliegen und ob mit weiteren Verboten kurdischer Einrichtungen zu rechnen sei, frag(t)en die Abgeordneten nach.

Mit Verweis auf die Entführung der drei deutschen Bergsteiger entschied dann die Geschäftsführung der Linksfraktion, die Anfrage der Abgeordneten nicht auf den parlamentarischen Weg zu bringen. Wir halten diese Reglementierung und Maßregelung von Abgeordneten für unpolitisch, undemokratisch und opportunistisch. Eine solche Haltung stärkt den Repressionsapparat, ersetzt inhaltliche Auseinandersetzungen mit der Thematik und trägt letztlich auch dazu bei, die Unterdrückungspolitik der Türkei zu unterstützen und die ungelösten Konflikte zu verlängern.

(Azadî)

**Antifas Lüneburg/Uelzen: Friedensstimmen nicht zum Verstummen bringen!
Solidarität mit kurdischen Medien**

Die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen fordert in einem Schreiben an Bundesinnenminister W. Schäuble, das Verbot von ROJ TV „rückgängig zu machen und eine Umkehr in der Politik gegenüber Kurdinnen und Kurden in der BRD hin zu einem Dialog“ vorzunehmen. Das Verbot stelle „einen massiven Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit dar“. Es stehe „im Einklang mit der repressiven und undemokratischen Politik der türkischen Regierung gegenüber fortschrittlichen kurdischen Kräften in der Türkei, die auf kriegerische Auseinandersetzungen statt einen Dialog der gesellschaftlichen Interessengruppen orientiert.“ Eine Lösung der kurdischen Frage sei nur „auf demokratischem Weg und unter Einbeziehung der kurdischen Seite möglich.“ Es mache „keinen Sinn, die Bedeutung der von der PKK erschaffenen Bewegung dabei zu leugnen, die längst in der Bevölkerung fest verankert ist.“

Internet: www.antifa-lg.de

(Azadî/AntifaAktionLüneburg-Uelzen, 10.7.2008)

**EU-Parlamentarier/innen gegen Senderverbot –
auch Abgeordnete der LINKSPARTEI**

Bisher 17 EU-Parlamentarier/innen aus Italien, Spanien, Schweden, Dänemark und Großbritannien haben sich in einem Brief gegen das Verbot von ROJ TV gewandt. Wie sie ausführen, seien die Anschuldigungen gegen den Sender, mit denen das Verbot begründet wird, bereits intensiv vom dänischen Staat untersucht worden. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Sendungen von ROJ TV dänischen Normen entsprechen. Weiter schreiben die Abgeordneten, dass die Vorgehensweise der Türkei in der kurdischen Frage zu einer Vertiefung der ohnehin bestehenden Problematik führe. Europa solle hingegen eine konstruktive Rolle für eine Lösung einnehmen.

Diesen Brief unterschrieben haben auch die deutschen EU-Abgeordneten Feleknas Uca, Gabriele Zimmermann, Helmuth Markov und André Brie – alle von der LINKSPARTEI.

(Azadî/ÖP/ISKU, 11.7.2008)

ROJ TV - Verbot muss aufgehoben werden!

Solidarität mit ROJ TV Verbot muss aufgehoben werden!

Aus Protest gegen die Schließung des kurdischen TV-Senders fanden u. a. in Düsseldorf, Hamburg, Stuttgart, Kiel, Kassel, Bremen und Berlin Solidaritätsaktionen statt. In Berlin protestierten die Teilnehmer/innen einer zweitägigen Mahnwache vor dem Bundesinnenministerium und warfen der Politik, den Kurden das Grundrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit vorzuenthalten. Das politisch motivierte Verbot müsse zurückgenommen werden. Die Europaabgeordnete der Linke, Felekna Uca, kritisierte, dass sich Innenminister Schäuble mit dem Verbot „zum Handlanger türkischer Interessen“ gemacht habe. Demonstrationen und Kundgebungen wurden auch in Straßburg, Marseilles und Rennes durchgeführt. (Azadî/jw/ISKU, 5.,7.7.2008)

Instrumentalisierung der Medien: Es war einmal... und ist immer noch

Am 19. Juli 2008 meldete der Fernsehsender n-tv unter der Überschrift „Anschlagspläne der PKK : Schäuble gefährdet“. Laut FOCUS habe darauf das Bundeskriminalamt (BKA) in einer vertraulichen Gefahrenanalyse aufmerksam gemacht. In kurdischen Medien würde Schäuble als Verantwortlicher für das Betätigungsverbot des Senders ROJ TV genannt. Deshalb sei „eine personenbezogene Gefährdung des Ministers in Betracht zu ziehen“. Und nicht nur das: der FOCUS will sogar wissen, dass gar das ganze Bundesinnenministerium in Berlin als mögliches Ziel von PKK-Anschlägen gelte. Noch nicht genug: Auch die Polizeipräsidien in Wuppertal und Köln, von wo Einsätze gegen PKK-Einrichtungen koordiniert würden, seien im Visier der Kurden. Diese Meldung wurde den ganzen Sonntag unhinterfragt über diesen und andere TV- und Radiosender gejagt und fand sich entsprechend am 21. Juli in zahlreichen Tageszeitungen wieder.

In der jungen welt vom 21. Juli war zu lesen, dass das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen den Vorabbericht des FOCUS-Magazins dementiert habe. Es lägen keine Erkenntnisse im Zusammenhang mit den genannten Anschlagsplänen vor. Auch der Innensenator von Berlin, Ehrhart Körting hatte am 16. Juli erklärt, er sehe nicht, dass kurdische Unterstützer und Sympathisanten der PKK für Unruhe auf deutschen Straßen sorgen könnten. Vielmehr würden die „PKK-nahen Organisationen darauf achten, im Rahmen unseres Versammlungsrechts zu bleiben.“ (s. Süddt. Zeitung, 16.7.2008)

Die Versuche der Geheimdienste, mit obskuren Meldungen die Presse zu instrumentalisieren, sind nicht neu. Gehen wir zurück in die Vergangenheit:

Sommer 1995: Tausende von kurdischen Gefangenen in der Türkei sind wegen der inhumanen Haftbedingungen, Folter und Unterdrückung in Kurdistan in einen Hungerstreik getreten. Kurdinnen und Kurden in Deutschland bekunden ihre Solidarität mit ihnen und treten ebenfalls in den Hungerstreik- so auch in Berlin. Am 26. Juli wird eine Mahnwache im kurdischen Kulturzentrum geräumt. Eine der Hungerstreikenden, Gülnaz Baghistani, stirbt. Am Vortag des Trauerzuges meldeten alle Zeitungen, die Sicherheitsbehörden befürchteten, dass aus dem Demonstrationzug heraus kurdische Scharfschützen Polizisten ermorden könnten. Noch am selben Tag wurde die Meldung dementiert – aber sie war raus und: irgend etwas bleibt schon hängen. Die Quelle des Gerüchts war der niedersächsische Verfassungsschutz, der sich wiederum auf das BKA berief. (aus der Dokumentation „Verfolgung von Kurdinnen und Kurden in Berlin“, herausgegeben von Rote Hilfe Berlin/Genocide Watch, Nov. 1995)

Anfang April 1996 behauptete der damalige Außenminister und frühere BND-Präsident Dr. Klaus Kinkel gegenüber der Kölner Zeitung „Express“, es gebe Morddrohungen der PKK gegen Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl und ihn selbst. Er sprach von einer Kriegserklärung der PKK an den deutschen Rechtsstaat. Kolportiert wurde dann, dass sich Sicherheitsexperten über Kinkel verärgert gezeigt hätten. Das BKA habe die Meldung als „windig“ eingestuft. Dennoch waren die Sicherheitsmaßnahmen massiv verschärft worden.

Selbst die flämische Zeitung „De Morgen“ berichtete aus „geheimen Berichten“. Danach wollten militante Kurden den Rennfahrer Michael Schumacher umbringen – „auf der Rennstrecke und anderswo“. Diese „Sensationsmeldung“ wurde von den meisten deutschen Tageszeitungen übernommen. Schumacher soll sich überrascht gezeigt haben. (aus PRO-INFO MAGAZIN, Mai, Nr. 2/96)

Es ist zu befürchten, dass deutsche und türkische Geheimdienste, aber auch so manche Politiker, in den nächsten Tagen oder Wochen gezielte Desinformationen in die Öffentlichkeit bringen und eine Situation herbeischreiben lassen, für die sie dann keine Verantwortung übernehmen wollen. Wir appellieren an die deutschen Medien, sich hierfür nicht missbrauchen zu lassen. (Azadî, 21.7.2008)

Für Meinungs- und Medienfreiheit : ROJ TV wieder zulassen

Für den 2. August werden vom Kurdischen Volksrat in Hamburg „alle die“ zu einer Protestkundgebung eingeladen, „die an die Notwendigkeit von Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit in einer Demokratie glauben“. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble soll aufgefordert werden, das Verbot des kurdischen TV-Senders ROJ zurückzunehmen. Er sei der „einzige Sender, über den wir in unseren Muttersprachen authentische Informationen über die Situation in Kurdistan bekommen können.“
(Azadî/ISKU, 29.7.2008)

LINKE NRW für ROJ TV

Der Landesvorstand Die Linke NRW hat einen Aufruf für ROJ TV beschlossen, der auf der Internetseite www.freiheit-fuer-roj-tv.de durch Unterschrift unterstützt werden kann.

In dem Text heißt es u.a.:

„Mit der Verbotsverfügung macht sich die Bundesregierung zum Handlanger des türkischen Staates und erschwert eine friedliche Lösung des Konflikts. Dieses Verbot ist ein Teil der Kriminalisierung der KurdInnen und ihrer Medien auch in Deutschland. [...] Das ist eine beispiellose Einschränkung der Grundrechte auf Presse- und Meinungsfreiheit. Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, den kurdischen Menschen, die aufgrund der herrschenden Verfolgungs- und Verleugnungspolitik im Exil leben müssen, ihre Stimme wieder zurück zu geben. [...] Die KurdInnen dürfen nicht zum Opfer der zwischenstaatlichen Machtinteressen werden. Meinungs- und Pressefreiheit ist für alle Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar, auch Kurdinnen und Kurden.“

Es werden „alle demokratischen Kräfte und Initiativen aufgefordert, sich mit ROJ TV zu solidarisieren und gegen dieses Verbot zu protestieren.“

(aus Nûce Nr. 371 v. 25.7.2008)

Ankara verbietet regierungskritischen TV-Sender HAYAT

Aus Protest gegen das Verbot des türkischen Senders HAYAT TV haben Delegationen verschiedener Organisationen in Stuttgart, Nürnberg, Essen und Köln versucht, mit Vertretern türkischer Konsulate über die Hintergründe des regierungskritischen Senders zu reden. Ankara hatte einen Monat nach dem deutschen Verbot von ROJ TV den linksgerichteten HAYAT am 16. Juli verboten.

„Diese Kommunikationspolitik hat genauso wenig mit demokratischer Gesinnung zu tun wie die Entscheidung, unsere Einrichtung zu schließen“, kritisierte Kurtulus Mermer, Deutschland-Leiter des Senders. Mittlerweile haben 600 Personen eine internationale Protestnote an die türkische Regierung unterschrieben, so Mitglieder kurdischer, aber auch deutscher Vereine, Gewerkschafter und zahlreiche Abgeordnete. Der Versuch, die „Petition“ an die türkische Botschaft in Berlin zu übergeben, scheiterte wie alle vorherigen Versuche.

(Azadî/jw/ND, 24., 25.7.2008)

***„Die Herrschenden müssen bewacht werden,
nicht die Beherrschten.“***

(Friedrich Dürrenmatt)

Eine Million Namen auf US-Terrorliste Bürgerrechtsorganisation fordert deren Zerstörung

Nach Angaben der American Civil Liberties Union (UCLA) und unter Berufung auf das US-Justizministerium haben die USA bereits eine Million Menschen auf die Liste der Terrorverdächtigen gesetzt. Jeden Monat kämen 20 000 neue Namen hinzu. Irrtümlich sei auf der Liste sogar der Name des früheren obersten Strafverfolgers des Washingtoner Justizministeriums, Jim Robertson, gelandet. Laut ACLU stehen auf der Liste der Terrorverdächtigen sowohl der bolivianische Präsident Evo Morales als auch der zum Islam konvertierte Sänger Cat Stevens, dem die Einreise in die USA verweigert worden ist. ACLU fordert die Zerstörung der Liste.

(Azadî/FR, 16.7.2008)

11. Oktober in Berlin: Internationaler Aktionstag gegen den Überwachungswahn

Bürgerrechtsorganisationen haben vor dem Hintergrund zunehmender Spitzel-Affären in Unternehmen zu einem Marsch durch Berlin „gegen die ausufernde Überwachung“ durch Staat und Wirtschaft aufgerufen. Die Demonstration soll am 11. Oktober unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ in Berlin stattfinden – wie der Arbeitskreis Vorratsspeicherung ankündigte. Die Demo wendet sich u.a. gegen die für Herbst geplante Ausweitung der Befugnisse des Bundeskriminalamtes (BKA). Organisationen aus 15 Ländern hätten bereits ihre Teilnahme an dem internationalen Aktionstag zugesagt. (Azadî/ND, 29.7.2008)

Bundessozialgericht entschied: Weniger Sozialhilfe ohne Pass / Vier Jahre abgesenkte Sozialhilfe für Asylbewerber rechtmäßig



Wie das Bundessozialgericht in Kassel entschied, kann einem Flüchtling, der bei der Einreise nach Deutschland seinen Pass vernichtet hat, die Sozialhilfe für einige Zeit gekürzt werden. In diesem Fall brauchen die Behörden grundsätzlich nur 80 Prozent des normalen Sozialhilfesatzes zu zahlen. (Aktenzeichen: B 8/9B AY 1/07 R) Grünes Licht gab das Bundessozialgericht auch für die seit dem 28. Juli 2007 geltende Gesetzesverschärfung, nach der geduldete Asylbewerber vier Jahre lang einen abgesenkten Sozialhilfebetrag erhalten (vorher drei Jahre). Diese Regelung stehe im Einklang mit der Verfassung, so die Richter.

2007 weniger Einbürgerungen

Immer weniger Ausländer stellen einen Antrag auf Einbürgerung in Deutschland. Die Zahl der Einbürgerungen ist im vergangenen Jahr um fast 10 Prozent zurückgegangen. Laut Statistischem Bundesamt leben in Deutschland rund sieben Millionen Ausländer und der weitaus größte Teil würde theoretisch die Bedingungen für eine Einbürgerung erfüllen. Die größte Gruppe der Eingebürgerten bilden wie schon in den Jahren zuvor Einwanderer aus der Türkei. An zweiter und dritter Stelle stehen Einbürgerungen von Personen aus Serbien, Montenegro und aus Polen. (Azadî/FR, 4.7.2008)

2007 mehr Firmengründer mit Migrationshintergrund

Immer mehr Unternehmen in Deutschland werden von Ausländern oder Menschen mit Migrationshintergrund gegründet. Allein im Jahre 2007 nutzten mehr als 22 000 Männer und Frauen nichtdeutscher Herkunft die Hilfsangebote der Industrie- und Handelskammer zur Existenzgründung. „Im Verhältnis zum Anteil an der Bevölkerung gründen Menschen mit Migrationshintergrund häufiger ein Unternehmen als Deutsche. Schon heute wird jede neunte Firma von Migranten eröffnet – Tendenz steigend“, sagte DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun. (Azadî/jw, 7.7.2008)

Freiheit für Nurettin Petek Türkei beantragt Auslieferung

Nurettin Petek wurde in seiner Wohnung in Heilbronn von Interpolbeamten verhaftet und zwecks Auslieferung in die JVA Stuttgart-Stammheim gebracht. Petek, der als Dorfvorsteher in Kayabaglar in Siirt tätig war, befand sich 2001 wegen „Waffenbesitzes“ für zwei Monate in türkischer Haft. Nach seiner Entlassung beantragte er in Deutschland politisches Asyl und wurde 2002 anerkannt. In der Türkei wurde er unterdessen zu vier Jahren und wie Monaten Haftstrafe verurteilt. Der Haftbefehl wurde den deutschen Behörden am 13. Juni übermittelt. (Azadî/ÖP/ISKU, 8.7.2008)

Freiheit für Ömer Berber Türkei beantragt Auslieferung

Ömer Berber wurde am 13. Juli in Aachen bei einem Verwandtenbesuch aufgrund eines internationalen Haftbefehls fest- und in Auslieferungshaft genommen. Der 33Jährige befindet sich in der JVA Köln. Am 19. Juli protestierten Mitglieder der Föderation der Arbeitsmigranten aus der Türkei in Deutschland (AGIF) vor der JVA Köln-Ossendorf. Berber war wegen seiner politischen Betätigung in der Türkei im Gefängnis. Er floh nach Frankreich, wo er im November 2003 eine Asylanerkennung erhielt. Gegen seine drohende Auslieferung befindet sich Ömer Berber seit mehr als zwei Wochen im Hungerstreik. (Azadî/jw, 30.7.2008)

Türkei muss Schmerzensgeld an Kurden zahlen

Die türkische Regierung muss drei kurdischen Folteropfern wegen menschenunwürdiger Behandlung durch die Polizei ein Schmerzensgeld von über 36 000 Euro zahlen. Die Klagen der Beschwerdeführer über Schläge, Elektroschocks und Aufhängen an den Beinen seien glaubwürdig, hieß es in dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Die Verantwortung der Polizei für die Folter sei offenkundig, da die türkische Regierung keine vernünftige Erklärung für die Verletzungen der Männer habe geben können. Zwei der Männer im Alter zwischen 36 und 49 Jahren waren 1999 und 2002 wegen des Verdachts der Beteiligung an Bombenanschlägen der PKK in Istanbul festgenommen worden. Der dritte Mann war wegen Diebstahls festgenommen und am folgenden Tag wieder freigelassen worden. (Azadî/Der Standard, 22.7.2008)

Türkische Luftwaffe bombardiert Dörfer und Zivilbevölkerung

Die türkische Luftwaffe hat nach Angaben ortsansässiger Quellen am 29. Juli die Dörfer Lewce, Inzo und Bokriskan, das Balekan-Tal sowie das Geiet Geliye Bedran bombardiert. Ein Bewässerungsprojekt in Bokriskan sei dabei dem Erdboden gleichgemacht und die Nutztiere der Dorfbevölkerung getötet worden. Die gesamte Bevölkerung flüchtete nach Coman und Ranya. Der Angriff wurde auch aus Kreisen der PUK bestätigt.

Laut HPG hätten türkische Kampfflugzeuge zivile Siedlungsgebiete in Nordirak bombardiert. Dadurch seien in den Gebieten Sidekan, Zap und Haftanin Waldbrände ausgebrochen. (Azadî/ANF/ISKU, 29.7.2008)

Solidarität mit kranken Gefangenen

Vertreter politischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen haben vor dem türkischen Parlament in Ankara auf die akute gesundheitliche Situation von 42 Untersuchungs- und Strafgefangenen aufmerksam gemacht. Mitglieder von DTP, EMEP, SHP und IHD sowie weiteren Organisationen forderten die sofortige medizinische Behandlung der Gefangenen. Sie seien von Krebs und chronischen Krankheiten betroffen. Außerdem wiesen Sprecher darauf hin, dass insbesondere in den F-Typ-Gefängnissen weiter gefoltert und misshandelt werde. Auf den Transparenten war zu lesen „Isolation tötet, Solidarität heißt Leben“ und „Diese Wunde blutet seit Jahren – gleiche Gesundheitsversorgung und Gerechtigkeit für alle im Gefängnis.“

(Azadî/ANF/ISKU, 29.7.2008)

Neu auf dem Büchermarkt

Zur diesjährigen Buchmesse wird im Schmetterling Verlag das Buch von Brigitte Kiechle und Dr. Nikolaus Brauns „Êdî bese! Kurdistan – Schachbrett der internationalen Politik“ erscheinen. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Interessensgegensätze machen sie deutlich, dass es ohne eine gerechte Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts keine fortschrittliche politische Entwicklung in der gesamten Region des Nahen Ostens geben kann. Analysiert werden die fortwährenden militärischen Übergriffe des türkischen Militärs gegen die kurdische Guerilla und die Autonomieregion im Norden des Irak, die Rolle der US-Besatzungsmacht und der NATO sowie das Bestreben der Türkei nach Mitgliedschaft in der EU. Die Frage, inwieweit die AKP mit Ministerpräsident Tayyip Erdogan hierfür ein Garant ist, dürfte gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Entscheidung des Verfassungsgerichts, auf ein Verbot der Regierungspartei zu verzichten, von Interesse sein. Brigitte Kiechle und Nikolaus Brauns widmen sich ferner der Frauenfrage und deren Bedeutung für die Veränderung der kurdischen Gesellschaft. Die organisatorische und programmatische Entwicklung der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, wird ebenso thematisiert wie die repressive deutsche Politik gegenüber der kurdischen Bewegung und ihrer Anhänger/innen.

Das Buch wird ergänzt durch kurze Reiseberichte und persönliche Eindrücke, die der Autor und die Autorin bei ihren Reisen durch die kurdischen Gebiete und in Gesprächen gewinnen konnten.

Brigitte Kiechle ist Rechtsanwältin und Publizistin. Sie lebt und arbeitet in Karlsruhe. In zwei Büchern und zahlreichen Artikeln hat sie sich mit der politischen Entwicklung in der Türkei, dem Iran und in Afghanistan befasst („Irak.Vergangenheit-Gegenwart-Zukunft“ und „Das Kriegsunternehmen Irak“ (Schmetterling Verlag 2003, 2006)

Dr. Nikolaus Brauns ist Historiker und Publizist (u.a. junge welt) und hat ein Buch über die Geschichte der Roten Hilfe (Pahl-Rugenstein-Verlag, 2003) und über den Krieg im Nahen und Mittleren Osten, Besatzung und Widerstand (Pahl-Rugenstein, 2007) veröffentlicht.
ISBN : 3-89657-565-1, ca. 18 Euro